Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 92 (1998)
Heft: 2

Artikel: Palestina no existe : Mitteilung an eine Delegation des Nationalrates
Autor: Hui, Matthias
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-144091

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Matthias Hui

Palestina no existe

Mitteilung an eine Delegation des Nationalrates

Von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, hat eine Delegation des Nationalrates in der Woche vom 24. bis 30. November 1997 die israelisch besetzten Gebiete Palästinas besucht. Die Mitglieder der Delegation waren: Margrith von Felten und Remo Gysin von der SP, Christiane Langenberger und Peter Tschopp von der FDP, Rosmarie Zapfl von der CVP und Albrecht Rychen von der SVP. Organisiert hatten die Reise verschiedene Schweizer Hilfswerke unter Mitarbeit des Departements für Entwicklungszusammenarbeit. Aus diesem Anlass hat Matthias Hui den folgenden Brief an die Delegationsmitglieder geschrieben. Der Verfasser betrachtet den Friedensprozess als tot, verweist auf den Zusammenhang zwischen der Shoah und der palästinensischen Katastrophe und sieht als einzige Alternative einen Staat Palästina, der mit Israel durch eine Föderation verbunden wäre. Matthias Hui lebt seit drei Jahren in den besetzten Gebieten und leitet mit einem palästinensisch-schweizerischen Team ein Rehabilitationszentrum bei Ramallah in der Westbank. Er ist Theologe und war Mitarbeiter beim Christlichen Friedensdienst in Bern. Der Text wurde von der Redaktion leicht gekürzt. Red.

Die Nähe zum Abgrund eines nächsten Krieges

Verehrte Parlamentarierinnen
und Parlamentarier

Sie besuchen als Vertretung des Nationalrates für ein paar Tage Palästina. Damit drücken Sie Ihre Bereitschaft aus, sich mit dieser faszinierenden und verwundeten Region auseinanderzusetzen. So viele Delegationen auch auf diesem kleinen Stück Erde herumreisen – unterschätzen Sie das *politische Zeichen* nicht, das Sie mit Ihrer Mission setzen. Sie kommen in dieses Land, um Menschen in ihrem Alltag zu begegnen. Sie könnten überrascht werden von der Alltäglichkeit einer Szene im Café in Jericho oder der Begegnung am Strand in Gaza, fallen uns doch zu Palästina wie durch Zwang laufend Fernsehbilder von Gewalt und von Verhandlungen ein. Allerdings ist es dennoch wahr, dass das Leben in diesem Land – dazu gehören unzählige Träume, Projekte und Gewehre, aber auch eine Fried- und Rastlosigkeit im Privaten – seit Jahrzehnten von der Nähe zum Abgrund eines nächsten Krieges geprägt wird.

Seit *Benjamin Netanyahu* die israelische Regierung führt, liegt dieser Abgrund wieder offen vor uns. Keine aufgebauschten Friedenswolken vernebeln ihn. Netanyahu gibt sich als Vertreter der kleinen Leute und tritt für neoliberale Radikalkuren ein, die auch hier manchen Familien das Überleben schwer machen. Er versucht, seine Partei zu einem applaudierenden Wahlkampfverein zu verformen und passt die Politik in die Bildschirme von Fernsehen und Internet ein. Zu seiner Rechten distanziert er sich ohne Druck von keinem, er bastelt an einer neuen *national-religiösen Ideologie*, die sich selbst vor historischen Anleihen beim Faschismus nicht scheut.[1] Er sucht den nationalen Alleingang und gibt sich als Mann von Welt.

Es ist Ihnen angesichts Ihrer vollen Agenden hoch anzurechnen, dass Sie sich in demselben Jahr, in dem in unserem Land der 100. Jahrestag der Gründung der zionistischen Bewegung begangen wurde, ein paar Tage Zeit nehmen für die andere Seite: für jene Menschen, die aufgrund ihrer per-

sönlichen Geschichte *Zionismus* nicht mit neuer Heimat, Befreiung und eigener Identität gleichsetzen, wie dies Millionen von Juden und Jüdinnen nach der Shoah tun konnten und bis heute tun können, sondern mit Vertreibung, sozialer Zerstörung und Rechtlosigkeit. Jede einzelne palästinensische Familiengeschichte unseres Jahrhunderts erinnert daran.

Sie begehen 1998 den 150. Geburtstag des schweizerischen Bundesstaates. Nun, am Ende dieses nationalistisch begonnenen und wieder nationalistisch beendeten zwanzigsten Jahrhunderts im Nahen Osten noch einen *zusätzlichen Staat* zu gründen, ist nicht das hehrste aller Ziele. Doch Israel hat die Erfolge des Nationalen und Nationalistischen Schritt für Schritt vordemonstriert. Im Gegensatz dazu hat am selben Ort ein ganzes Volk in die Rubrik «Staat» seit Jahrzehnten nichts Vernünftiges einzutragen. Dies ist die Lage Ihrer Gastgeber. Deshalb soll Ihnen bereits bei der Ankunft mitgeteilt werden, dass es Ihr offizielles Reiseziel gar nicht gibt. Palestina no existe. In einem ganz anderen Ausmass als für die Schweiz ist das Land, welches Sie erkunden möchten, erst in Visionen Wirklichkeit. Umso wichtiger, dass Sie hier sind.

Sprachregelungen, aber kein Palästina

Rund um den Erdball wurde in den letzten vier Jahren der Anschein erweckt, als ob «Palästina» unmittelbar in der Entstehung begriffen sei: Bilder von Nobelpreisverleihungen und Friedensverhandlungen in Oslo und Washington sollten dies bezeugen. Briefmarken, Rangabzeichen von Soldaten oder Briefköpfe von Ministerien verweisen ebenfalls auf *Staatliches*. Was halten oder, genauer, was haben die Betroffenen davon? Nur 20,2 Prozent der palästinensischen Bevölkerung meinen gemäss einer repräsentativen Umfrage, dass sich Dienstleistungen und Infrastruktur durch die palästinensischen Autonomiebehörden stark verbessert hätten.[2]

Wenn schon ihr Alltag nur wenig fassbare Verbesserungen bereithält, soll die palästinensische Bevölkerung wenigstens vom Glauben an den Frieden und an einen eigenen Staat zehren. Seit drei Jahren wird den Menschen wieder offiziell eine Flagge zugestanden. Noch vor fünf oder sieben Jahren wanderten dieselben Leute ins Gefängnis oder konnten von Soldaten auf der Strasse geschlagen werden, wenn ihre Kleidung oder nur schon ein Armband aus den palästinensischen Nationalfarben zusammengesetzt war. Die israelische Regierung öffnete im Osloer Friedensabkommen geschickt *Ventile* für die palästinensische Bevölkerung. Gegenüber dem eigenen Publikum werden nach wie vor andere Chiffren verwendet: Die Rede ist noch immer von den «Gebieten» oder von Gaza, Judäa und Samaria. Die Namen biblischer Geographie verweisen direkt auf «Eretz Israel», den Anspruch auf ein grosses, verheissenes Land, das die weltlichen Grenzen von 1967, allenfalls gar jene von 1948, nicht zu respektieren hätte. Auf dem diplomatischen Parkett gab die israelische Regierung ebenfalls das zu benutzende Vokabular vor: Es ist von der Palästinensischen Autorität, der Palästinensischen Autonomiebehörde oder der Palästinensischen «Entity» zu sprechen. An einem (Un-)Ort der Entstehung und Anwendung solcher Sprachkonstruktionen mögen Sie sein, in «Palästina» sind Sie nicht.

In voller Kenntnis des Programms Ihrer Delegation behaupte ich, dass Sie wider Erwarten *nach Israel* gereist sind. Sind es nicht ausschliesslich israelische Grenzkontrollen, welche Sie bei der Ein- und Ausreise zu passieren haben? Ist es nicht ein Auto mit israelischen Kennzeichen, in dem Sie chauffiert werden? Sind es nicht ausnahmslos Münzen und Noten israelischer Währung, mit denen Sie eine Rechnung für einen Drink nach Feierabend begleichen werden? Sie befinden sich folglich in einem Gebiet, dessen Aussengrenzen, Bevölkerung und Wirtschaftsraum fast vollständig von einem einzigen Staat kontrolliert werden. Sie sind also wohl doch in Israel.

Was hier *«Friedensprozess»* genannt wird, ist meist nicht das Resultat eines Kompromisses und schon gar nicht einer

Versöhnung von zwei Partnern. Es ist oft nicht mehr als *israelische Innenpolitik.* Deshalb schauen sich die wenigsten Menschen um neun Uhr die palästinensischen Fernsehnachrichten an. Deren innenpolitischer Teil ist allerdings auch deshalb für Citoyens unappetitlich, weil er einer Hofberichterstattung verpflichtet ist. Um zu wissen, was Sache ist, informiert man sich direkt in Israel, um sieben Uhr im arabischsprachigen Nachrichtenbulletin des dortigen staatlichen Fernsehkanals. *Shimon Peres* sagte in einer Knesset-Debatte treffend: «Tatsächlich verhandeln wir unter uns, darauf übermitteln wir unsere Entscheidungen an die andere Seite in der Annahme, dass sie keine andere Wahl habe, als unsere Entscheidung zu akzeptieren.»[3]

Die *Flüchtlinge,* welche seit 50 Jahren zusammen mit der UNO auf ein wenig Gerechtigkeit, sprich Rückkehr, Entschädigung oder zumindest eine gesicherte Zukunft warten, wissen genau, dass hier allein Macht befiehlt. Die 395 987 heute noch im Gaza-Streifen in Flüchtlingslagern lebenden Menschen sind wie die 148 105 in Lagern der Westbank oder die 352 668 grossenteils staatenlos im Libanon lebenden Flüchtlinge noch nicht in «Palästina» angekommen.[4] Netanyahu lehnt die Rede von einem palästinensischen Staat westlich des Jordans kategorisch ab. Kennt er ein Volk, das auf Dauer als staatenloses im Frieden existiert? Kennt er die biblischen Propheten nicht, welche wieder und wieder die Gewissheit verkündeten, dass jede ungerechte Herrschaft ihr Ende haben wird? Eine jüdische Freundin aus Israel meinte treffend: «Ich fühle mich hier überhaupt nicht mehr in Israel, und doch sehe ich, alles ist Israel.»

Die Grenze zwischen arabischer und westlicher Welt verläuft mitten durch Israel

Natürlich sind Sie hier nirgendwo anders als *in Arabien* zu Gast. Die Grenze zwischen der arabischen und der westlichen Welt verläuft mitten durch Israel. Nicht nur, weil sich die palästinensische Bevölkerung in den israelischen Grenzen von 1948, in der Westbank sowie in Gaza und die jüdische Bevölkerung im Kernland zusammen mit den etwa 300 000 Siedlern (inklusive Ost-Jerusalem) ungefähr die Waage halten. Die Grenze verläuft auch mitten *durch Menschen.* Ein Anteil arabischer Identität gehört aufgrund der Einwanderung aus Marokko, Irak oder anderswo zur einen Hälfte der Israelis. Wenn ihre jüdisch-arabische Kultur und Geschichte einmal nicht mehr von politischen Feindbildern im Zaum gehalten werden kann, wird sie zur Vision «Palästina» beitragen, ohne dass Israel verschwindet. Palästina wird dann entstehen, wenn endlich verschiedene Schichten einer eigenen Identität zugelassen sind.

Die arabische Welt, welche Sie hier treffen, welche Sie hier erahnen, riechen, beobachten können, stellt Fragen. Die palästinensische Gesellschaft verbindet muslimische und christliche Traditionen und hat über lange Zeit auch die jüdische Religion und Alltagskultur integriert. *Gott* ist hier *im Alltag* präsent, in der Sprache, an der Hochzeit, im Krieg und im Frieden. Auch unter Kommunisten, Malerinnen oder Business-Leuten werden Sie hier kaum «säkulare» Menschen treffen.

Die arabische Gesellschaft hält auch sehr verschiedene und überraschende Lebensmuster für *Frauen* bereit. Es sind gerade islamische Frauen, die – auch unter Zuhilfenahme der lebensbejahenden Traditionsstränge ihrer Religion und Gesetzgebung – den islamiststischen Tendenzen zur Beschränkung ihrer Rechte entgegentreten. Umgekehrt finden Sie hier islamistische Frauen, die an weltoffenen und pluralistischen Universitäten im Land studieren und mit Anfragen an vorgefertigte Weltbilder konfrontiert werden.

Das Fehlen einer staatlichen Infrastruktur hat zur Bildung von vielen *Nicht-Regierungs-Organisationen* geführt, welche bis heute, zum Beispiel im Gesundheits- oder Behindertenwesen, Eigenständigkeit, Effizienz und Kreativität beweisen. Palästina wird darüber hinaus nicht nur hier sein. Es wird von seinen zerstreuten

Menschen in den USA, in Jordanien, in Katar oder in der Schweiz gelebt. Nicht nur Israel lebt historisch, ökonomisch und konkret in Millionen von Biographien vom Schicksal und der Dynamik der Diaspora.

«Das Bosnien der letzten Jahre»

Auf dieser Reise erkunden Sie das Bosnien der letzten Jahre. Das Land ist militärisch besetzt. Verschiedene Gruppen beanspruchen dieselben Orte. Es werden von Militärs wie von liberalen Intellektuellen Lösungen der *«Separation»* propagiert. Die Völkergemeinschaft legt Zeugnisse der Machtlosigkeit ab. Auch wenn die *UNO* hier nie den Durchbruch schaffte, werden Sie auch auf dieser Mission die Peinlichkeit spüren, dass die *Schweiz* nicht Mitglied ist. Dieses Abseitsstehen wird zum Beispiel mit einer grosszügigen Unterstützung des UNO-Flüchtlingshilfswerks UNRWA wettzumachen versucht. Die Schweiz ist die neuntwichtigste Geldgeberin, kontinuierlich und kritisch dazu. Sie hat dafür einen Dank aus dieser Region verdient. Das aber rechtfertigt kein Wegschauen.

Die Vereinten Nationen haben in ihrer berühmten Resolution 242 von 1967 den Rückzug der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten verlangt. Von palästinensischen Gastgebern werden Sie sich die Frage gefallen lassen müssen, weshalb die Völkergemeinschaft in Kuwait oder letztlich auch in Bosnien ganz anders reagierte als in den besetzten palästinensischen Gebieten und weshalb in diesen Monaten erneut militärische Sanktionen gegen den Irak diskutiert werden. Israel weiss, dass sich die Welt hier an *permanente Verletzungen des Völkerrechts* gewöhnt hat, etwa an den massiven Ausbau fast aller israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten – an jedem Tag, an dem Sie hier sind.

Die *Vierte Genfer Konvention* legt fest, dass eine Besatzungsmacht keine Teile der eigenen Zivilbevölkerung in die Gebiete deportieren oder verlegen darf, welche sie besetzt hält. Dieser Punkt betrifft Sie, aus dem Land des IKRK kommend, stärker als andere Delegationen. Als Vertreterinnen und Vertreter des Depositärstaates dieser Konvention haben Sie sich die weltweite Kritik an der illegalen israelischen Siedlungspolitik anzuhören. Täglich wird Land konfisziert, und überall werden mit dem Bau von Strassen und Häusern Tatsachen zementiert, die eine Friedenslösung nach dem einst geltenden Prinzip «Land für Frieden» zu verunmöglichen imstande sind. Die UNO-Generalversammlung hat am 14. November 1997, unterstützt von 139 Staaten einschliesslich aller EU-Mitglieder, eine Resolution verabschiedet, welche die *israelische Siedlungspolitik* scharf kritisiert und Massnahmen zur Durchsetzung der Vierten Genfer Konvention verlangt.[5] Der Schweiz als Depositärstaat empfiehlt die UNO-Generalversammlung in dieser Resolution, Vorbereitungsschritte zu einer Konferenz mit diesem Thema einzuleiten und bis spätestens Februar 1998 Expertenkonsultationen zu organisieren. Wenn Sie nach dieser Reise eine Verpflichtung zu weitergehender parlamentarischer Arbeit verspüren, hat Ihnen die UNO-Generalversammlung damit eine entscheidende Vorgabe geleistet.

Mit Ihren Gastgebern übers Land fahrend, werden Sie Bosnien und nicht Palästina begegnen, weil hier in einem unheilvollen Prozess der Besatzung und Besiedlung das Völkerrecht dem *Recht des Stärkeren* hintangestellt wird. Sie werden von *«ethnischen Säuberungen»* hören, wenn zum Beispiel von der Vertreibung von Beduinen im Jordantal und im Grossraum Jerusalem die Rede ist. Diese Menschen müssen Plänen Platz machen, die sich die israelischen Regierungen von rechts bis links längst als minimale Besitzstandswahrung in zukünftigen Verhandlungslösungen zurechtgelegt haben.

Wie im alten Südafrika

Sie bereisen in diesen Tagen zwischen Nablus und Gaza, Ramallah und Hebron auch das alte Südafrika. Ein israelischer Kollege von Ihnen, der palästinensische Knesset-Abgeordnete *Azmi Bishara,* kom-

mentiert die politische Geographie so: «Israel ist offenbar daran, die *Apartheid* aufzubauen, nur nennt es das Ganze Autonomie. Schauen Sie die Struktur der Beziehungen Israels mit dem Gaza-Streifen an, dies ist Apartheid. Schauen Sie, was in der Westbank geschieht mit den Abriegelungen, es ist Apartheid. Es gibt zwei verschiedene Rechtssysteme – eines für jüdische Siedlungen, das andere für die Palästinenser. Zwei völlig unterschiedliche wirtschaftliche Realitäten bestehen nebeneinander. Apartheid kann nicht aufgebaut werden, ohne die nationale Option zu unterminieren, welche beide Völker wollen, die Zwei-Staaten-Lösung. Wenn Sie diese Lösung untergraben, gibt es nur noch das Ziel eines binationalen Staates.»[6]

Kritische Stimmen in Israel und in den besetzten Gebieten vergleichen die Landkarte der Westbank mit einem *Schweizer Käse.* Das neue Gebilde palästinensischer Autonomie besteht aus zusammenhanglosen Löchern, umgeben von israelischer Oberhoheit und Kontrolle. In den vergangenen zwei Jahren wurde die Arbeit in unserem Rehabilitationszentrum fünfmal während Tagen, ja Wochen unterbrochen, weil die israelische Armee unsere Region von der fünf Kilometer entfernten Stadt Ramallah abgeriegelt hatte und weder Mitarbeiter noch Kinder die Sperren passieren durften. Wenn meine palästinensischen Arbeitskolleginnen beruflich in die Schweiz ausreisen wollen, benötigen sie eine Bewilligung, um zum vierzig Kilometer entfernten Flughafen Tel Aviv zu gelangen. Drei von zehn Lehrerinnen unseres Zentrums wurde in diesem Herbst die Einreise nach Israel verweigert, wo sie am See Genezareth in einem Behindertenlager arbeiten sollten. Aus Sicherheitsgründen, wie es hiess. Fünf Kilometer von uns entfernt wohnen israelische Siedler, unter ihnen eine schweizerisch-jüdische Familie. Ich kenne sie persönlich nicht, unsichtbare Mauern trennen uns. Seit dem ersten Tag ihrer Einwanderung in dieses Land passieren sie die Grenze zwischen der Westbank und Israel täglich. Sie arbeiten, beten, studieren und kaufen in Jerusalem ein, unseren Leuten bleibt dies verwehrt.

Es ist diese Struktur der Apartheid, die den Vorwand liefert für die grausamen *Terroranschläge* islamistischer Bewegungen, die auch dieses Jahr nicht wiedergutzumachendes Elend und Tod in viele jüdische und auch einige palästinensische Familien brachten. Nur ein Rechtsstaat kann dem Terror erfolgreich widerstehen. Wie soll Terror, solange es kein Palästina gibt, beendet werden? Was wollen Sie Hamas entgegnen, wenn sie ihre Angriffe auf die Zivilbevölkerung als Rache für die Gewalt an der palästinensischen Zivilbevölkerung bezeichnet? Sie brauchen gar nicht an den Hamas-Führer Khaled Mishal zu denken, den der israelische Geheimdienst diesen Herbst in Jordanien zu ermorden trachtete. Mitte November ist in Bethlehem ein siebenjähriger Junge von israelischen Soldaten mit einem Schuss in den Kopf getötet worden, weil er angeblich aus grosser Entfernung Steine warf. Anlass der gespannten Situation war die Tatsache, dass Israel das Grab der biblischen Rahel befestigte und neu einweihte, das an der grössten Durchgangsstrasse in Bethlehem steht, aber unter israelischer Kontrolle belassen wurde. Eigentlich ist das Grab in der christlichen Stadt seit Jahrhunderten Pilgerort für jüdische *und* muslimische Gläubige.

Die Propaganda der radikal-islamistischen Bewegungen würde morgen schon völlig ins Leere laufen, wenn Israel dem Völkerrecht nachkäme und sich rasch und leise aus den 1967 besetzen Gebieten vollständig zurückziehen würde. Aber alle Welt akzeptiert, dass in Israel darum gefeilscht wird, ob in der definitiven Friedenslösung 30 oder 50 Prozent des illegal besetzten Landes an das palästinensische Volk abgetreten werden sollen. Aber nicht alle Stimmen aus Israel tönen gleich. Als die Tochter der israelischen Professorin für Erziehungswissenschaften Nurit Peled-Elhanan ein Opfer des letzten Selbstmordattentates in Jerusalem wurde, sagte die leidgeprüfte Mutter: «Netanyahus Politik hat die Selbstmordattentäter dazu getrieben, diese grauenhaften terroristischen Taten zu begehen, die Unschuldige das Le-

ben gekostet haben, unter ihnen meine Tochter Smadar. Man kann nicht ein ganzes Volk töten, aushungern, in Enklaven einschliessen und erniedrigen, ohne dass es eines Tages explodiert.»[7]

Die Interessen der USA

Gerechte Lösungen verhindert die Tatsache, dass dieses Land – offenbar den USA gehört. Der berühmte nordamerikanische, jüdische Linguist und Analytiker *Noam Chomsky* kommt zum Schluss, dass «das Ende des Kalten Krieges die Politik der USA nicht veränderte. Die alte Politik wurde fortgesetzt, nur waren weniger Vorwände und Einschränkungen notwendig. Das Interesse der USA, die Auslandtruppen aufrechtzuerhalten, blieb ungebrochen und richtete sich weiterhin auf den Nahen Osten, in erster Linie als ölproduzierende Region. Aber heute können die Gefahren für unsere Interessen nicht länger dem Kreml angelastet werden, deshalb sehen wir, dass die eigentliche ‹Gefahr› in eigenständigem Nationalismus besteht, wie es immer der Fall war.»

Selbst zu Zeiten eines Netanyahu halten die USA Israel die Stange. Völkerrecht kann nicht durchgesetzt werden, weil sich die USA und Israel in der UNO gegen den Rest der Welt stemmen, so auch diesen November, als es um die Vierte Genfer Konvention ging. Als *Yasser Arafat* in der Woche vor Ihrer Reise im Hotel Bellevue in Bern mit der US-Aussenministerin *Albright* verhandelte, bekam er einmal mehr zu spüren, dass sie und ihre Kollegen sämtliche Schlüssel zur Öffnung neuer Verhandlungsräume in der Hand halten.

Korruption und Misswirtschaft

Wenn Sie heute eine Reise tun, dann treffen Sie im *Global Village* überall auf Austauschbares. Sie kennen es von anderswo her, wie in der Stadt Ramallah die Zahl der noblen Banken und grossflächigen Bankenwerbungen rasend steigt, und zwar genau proportional zur Arbeitslosigkeit. Es dürfte Ihnen aus anderen Ländern bekannt sein, wie in bestimmten Vierteln an jeder Ecke Restaurants ihre Tore öffnen, während gleichzeitig die Unterernährung von Kindern ein Riesenproblem wird. Und es gehört mit zum Stichwort *«neoliberale Globalisierung»,* dass hier wie anderswo zehn Prozent der Menschen sich Luxuskarossen leisten, und zehn Prozent der Menschen das Geld nicht mehr aufbringen, um ein schwerkrankes Kind mit den öffentlichen Verkehrsmitteln ins zwanzig Kilometer entfernte Krankenhaus zu bringen.

Trotz allem treffen Sie in dieser Woche Menschen, die Sie mit ein wenig Stolz begrüssen werden. Dazu gehören einige Ihrer Kolleginnen und Kollegen des *palästinensischen Legislativrates,* des ersten gewählten Parlaments. Die Begegnungen mit diesen zum Teil couragierten Parlamentsmitgliedern werden Ihnen aufzeigen, dass in den ersten beiden Jahren vorstaatlicher Existenz einiges aufgebaut wurde, dass aber auch viele Träume zerstört worden sind. Bevor der Staat Palästina richtig auf die Welt kommen kann, wird er von innen heraus zersetzt. Nachrichten, obgleich in den hiesigen Medien oft unveröffentlicht, reissen nicht ab, wonach Menschen in palästinensischen Gefängnissen von einem der sieben, acht oder neun Sicherheitsdienste geschlagen, gefoltert, gar getötet werden.

Fast alle *Gesetzesentwürfe*, welche das Parlament in den letzten zweieinhalb Jahren erarbeitet hat, darunter auch ein Grundgesetz zur Festschreibung demokratischer Rechte und Pflichten, liegen beim Präsidenten in der Schublade. Mehrere Kommissionen des Parlaments haben in den letzten Monaten die enorme Korruption und Misswirtschaft der nationalen Behörden ans Licht zu bringen versucht. Halbstaatliche Institutionen und staatliche Funktionäre gelangen zu grossen Vermögen, weil sie sich monopolähnliche Positionen im Zement- oder Ölimport angeeignet haben. Die Weltbank und den IWF scheint diese Entwicklung kaum zu kümmern. Als ob unter den Augen der Geberstaaten Verhältnisse aufgebaut würden, die dann ein paar Jahre später mit schönen Slogans von Privatisierung und Liberali-

sierung wieder zertrümmert werden können, damit den Bretton-Woods-Institutionen die Arbeit nicht ausgeht.

Viele Minister, Vizeminister oder Generaldirektoren der Ministerien betreiben «private business», um ihre nicht bescheidenen offiziellen Gehälter weiter aufzubessern. Hunderte, wenn nicht Tausende von Machtträgern haben ein *Auto* steuerfrei einführen können oder haben es gleich geschenkt erhalten. Auch jeder Parlamentarier fährt in einem solchen Geschenk herum, was schon am speziellen Nummernschild sichtbar wird. Als der Hamas-Leader *Scheich Yassin* in diesem Sommer aus israelischer Haft befreit wurde, kriegte auch er gleich als politische Präventivmassnahme eine riesige BMW-Limousine.

Ein letztes Beispiel: Gemäss einer Spiegel-Recherche werden Pensionsgelder, die palästinensischen Arbeitern zustehen, auf Konten der Credit Suisse in Zürich deponiert und vom Präsidenten in mysteriöser und missbräuchlicher Weise angelegt.[8] Hiermit schliesst sich auch ein Kreis: Wieder sind die *Schweizer Banken* an einem Ende mitverantwortlich für das Wohlergehen der palästinensischen Bevölkerung. Und damit auch Sie, da Sie die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Banken festlegen.

Den geachtetsten und bekanntesten Parlamentarier werden Sie allerdings nicht mehr in offizieller Funktion kennenlernen: *Dr. Haider Abdel Shafi,* der Leiter der palästinensischen Verhandlungsdelegation vor «Oslo», trat in diesem Sommer zurück. Er protestierte damit gegen die systematische Nichtbeachtung der Parlamentsarbeit durch die Regierung: «Der Dialog zur nationalen Einheit ist bislang als Mittel benützt worden, der gegenwärtigen Regierung Unterstützung zu erweisen, dabei sollte das Ziel das Erreichen eines nationalen Konsenses sein.(...) Der Friedensprozess ist tot, Verhandlungen mit Israel sollten aufgeschoben werden.»[9] Damit nicht noch mehr engagierte Politikerinnen und Politiker den Bettel hinwerfen müssen, braucht dieses Parlaments die Aufmerksamkeit und Unterstützung des Ihren.

Israel ist unser Spiegel

Wo Sie hier angekommen sind, bleibt offen. Es scheint Ihnen nur eines klar zu sein: Sie sind im Ausland. Gerade dies möchte ich am heftigsten bestreiten: Der Konflikt um das Land Israel-Palästina konfrontiert uns mit uns selber und mit den Abgründen unserer *europäischen Geschichte.* Israel wäre nicht auf diese Weise entstanden – in kolonialistischer Manier auf Kosten eines anderen, bereits im Land lebenden Volkes, in rassistischer Haltung gegenüber den orientalischen Arabern und in rücksichtsloser Zerstörung des «Heiligen» Landes –, wenn die Shoah nicht auf grausamste Weise die jüdischen Menschen der Vernichtung und somit dem Ausschluss aus der europäischen Gesellschaft preisgegeben hätte. Mit solcher Grundhaltung ist Israel zu einem fast normalen *westlichen Staat* geworden, Israel ist unser Spiegel.

Sie, verehrte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, haben Ihre eigene Antwort auf die Frage, ob *Auschwitz in der Schweiz* liegt. Können wir *Palästina in der Schweiz* orten? Einmal abgesehen von Flüchtlingen aus dieser Region oder von «Bethlehem», dem Berner Hochhausquartier, das uns mit seinem Namen in Erinnerung ruft, dass auch wir palästinensisch-biblischen Visionen nachhängen. Die Schweiz allerdings erstreckt sich bis hierher. Sie begegnen in Israel überall Opfern der Shoah, Menschen, die ihre Angehörigen verloren haben, weil sie von Schweizer Zöllnern zurückgewiesen wurden, auch Menschen, die erst heute Anspruch auf in der Schweiz liegende Guthaben ihrer umgekommenen Vorfahren erheben können.

Sie begegnen in Palästina einem ganzen Volk, das als *Opfer zweiten Grades der Shoah* zu bezeichnen ist. Zeigen wir im Protest gegen die Entrechtung des palästinensischen Volkes mit dem Finger nicht einfach auf die Israelis. Gewiss haben 1948 Hunderttausende von Menschen ihre Dörfer, ihre Häuser, ihre Heimat verloren und warten bis heute auf Rückkehr, auf Entschädigung, auf Gerechtigkeit. Die Vorgeschichte beginnt aber bei uns, ein paar

Jahre zuvor. Wir haben Massstäbe der historischen Aufarbeitung, der unveräusserlichen ethischen Grundwerte, der Solidarität mit den Opfern und der rechtlichen und finanziellen Konsequenzen zu erarbeiten, die wir an uns wie an andere anzulegen bereit sind.

Man verfolgt hier intensiv die Versuche, mit denen die Schweiz ihrer Vergangenheit in die Augen sehen will. «Der Schock, den wir jetzt erleben, bietet endlich eine Chance: Dem Land zu gleichen, das wir waren und das wir sein könnten, ein Land, das teilnimmt an dem, was es gestern angerichtet hat, und bereit wird für das, was es nicht erst morgen, was es heute schon ausrichten kann.»[10] In dieser Region sollten aus dem Aufruf von *Adolf Muschg* Zeichen erwachsen, welche in die Zukunft weisen.

Ein erster Vorschlag: Die auch mit Ihrer parlamentarischen Unterstützung zu gründende *Solidaritätsstiftung* steht zur historischen Linie, die sich von der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg bis zur Entrechtung der palästinensischen Menschen ziehen lässt. Die Schweiz ergänzt die gute und von hervorragenden Persönlichkeiten koordinierte Arbeit des Departements für Entwicklungszusammenarbeit in den palästinensischen Gebieten durch einen grossen Wurf: Ein Tagungs- und Studienzentrum, ein *Haus der Solidarität,* wird in Zusammenarbeit mit einer unabhängigen palästinensischen Universität gegründet. Es eröffnet Räume für Themen, die der Stiftung wichtig sind: «Tragfähige Strukturen einer demokratischen Gesellschaft», «Wiederaufbau der zivilen Gesellschaft nach Konflikten, Krieg oder Genozid durch Versöhnungsprozesse zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen», «Bewältigung traumatischer Erfahrungen».[11] Immer wieder soll politisch und persönlich geklärt werden, dass das Engagement für Palästina im Bewusstsein der Shoah und der historisch notwendigen Existenz Israels geschieht. Nie darf die Arbeit von antisemitischen Beweggründen genährt werden oder Applaus aus der chauvinistischen, nazistischen Ecke erhalten.[12]

Vielleicht liessen sich so Hoffnungen einlösen, die in das Modell Schweiz gesetzt werden. Die jüdische Philosophin *Hannah Arendt* zitiert in ihrem hochaktuellen Aufsatz von 1948 «Friede oder Waffenstillstand im Nahen Osten?» den ersten Präsidenten der Hebräischen Universität Jerusalem, *Judah L. Magnes.* Dieser verweist auf ein Palästina jenseits des damaligen britischen Protektorats, und, so können wir aus heutiger Sicht hinzufügen, ein Palästina, vielleicht vorläufig aus zwei Staaten bestehend, welches das heutige Israel und die palästinensische Nationalbewegung einschliesst, aber darüber hinausgeht: «Was für ein Segen für die Menschheit, wenn die Juden und die Araber Palästinas freundschaftlich und partnerschaftlich dafür kämpften, aus diesem Heiligen Land eine blühende Schweiz zu machen, die mitten auf dem alten Verbindungsweg zwischen West und Ost liegt. Diese Entwicklung hätte unabsehbare politische und geistige Auswirkungen auf den ganzen Nahen Osten und weit darüber hinaus. Ein binationales Palästina könnte zum Leuchtfeuer des Friedens in der Welt werden.»[13]

1 Vgl. die Analyse von Dominique Vidal, Netanjahu und die Zionisten-Revionisten, Le Monde Diplomatique, November 1996. Netanyahu wird als Erbe des zionistischen Revionisten Jabotinsky dargestellt, der eine innere Verwandtschaft mit damaligen faschistischen Bewegungen zum Ausdruck brachte.
2 Opinon poll of the Jerusalem Media and Communication Centre, April 1997.
3 Zitiert nach Ghassan Khatib, The shape of things to come, Jerusalem Report, October 31, 1997.
4 Zahlen gemäss Report of the Commissioner-General of UNRWA, 1 July 1995 – 30 June 1996.
5 NZZ, 15./16.11.97.
6 Cornerstone, Jerusalem, Autumn 1997.
7 Le Monde Diplomatique, Oktober 1997.
8 Der Spiegel 45/1997, S. 166.
9 Palestine Report, 14.11.97, S. 15.
10 Adolf Muschg, Wenn Auschwitz in der Schweiz liegt, TA, 24.1.97.
11 NZZ, 1./2.11.97.
12 Zum Beispiel finden sich in schweizerischen Zeitungen kleine Inserätchen einer Vereinigung «Pro Palästina – unterstützt Opfer des 50 Jahre dauernden Eroberungskrieges», die Interessenten gleichzeitig mit Propagandamaterial der AUNS eindeckt.
13 Zit. nach Hannah Arendt, Israel, Palästina und der Antisemitismus, Berlin 1991.